

15.08.2018

„Abweg ohne Umkehr“

BBB: Innenstadtkonzept von der CDU und SPD schadet Bruchköbel dauerhaft

Bruchköbel. - Nach Überzeugung der BBB-Fraktion wird das Innenstadtkonzept von CDU und SPD, das mit den nächsten Schritten und der Beschlussfassung am 13. März unumkehrbar werden wird, der Stadt anhaltenden und irreparablen Schaden zufügen.

Der nicht ganz überraschenden Zustimmung der Grünen liege nach den Worten der BBB-Fraktion die Überlegungen: „Besser eine schlechte Innenstadterneuerung als gar keine Innenstadterneuerung“ zu Grunde. Dies sei die Folge einer unzureichenden Abwägung des zu erwartenden Nutzens gegenüber dem zu erwartenden Schaden. Die BBB Fraktion betont, dass insbesondere die enormen Kosten und die damit verbundene gewaltige Neuverschuldung der Stadt das Projekt in der jetzigen Dimension undurchführbar machten. Mit der Politik der CDU SPD Koalition gleiche die Stadt einem armen Mann, der hoch überschuldet plötzlich zu etwas Geld gekommen sei und anstatt sich zu konsolidieren dieses Geld und noch mehr mit vollen Händen gleich wieder ausgabe.

Die in Folge der Kommunalfinanzreform des Landes günstigeren Schlüsselzuweisungen und die möglicherweise höheren Gewerbesteuereinnahmen müssten verwendet werden, um die bereits vorhandene Verschuldung abzubauen und die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur überall in Bruchköbel und besonders auch in den Stadtteilen zu finanzieren. Es bleibe dann nichts übrig, um sich eine Neuverschuldung von 24 Millionen € oder mehr aufzuladen.

Dabei betont die BBB Fraktion, dass auch die prognostizierten Einnahmensteigerungen durch einen erheblichen Anstieg der Gewerbesteuer bislang nicht seriös kalkuliert seien, sondern lediglich spekulativ auf Hoffnungen und Wünschen beruhten. Aus den Haushaltszahlen, die leider mangels Erläuterungen nicht zur exakten Berechnung herangezogen werden könnten, lasse sich ableiten, dass die Stadt Bruchköbel jährlich mindestens 2 Millionen € Investitionen allein zum Substanzerhalt benötige, weitere mindestens 500.000 € jährlich würden auch für eine zu erwartende Laufzeit von rund 30 Jahren zum Abbau der unter der Amtszeit von Bürgermeister mein nach angehäuften Altdefizite in der sogenannten Hessenkasse benötigt.

Der Schuldendienst durch die bereits bestehende Verschuldung betrage im Jahr rund 2 Millionen €. Damit seien rund 4,5 Millionen € jährlich bereits ohne die Kosten der laufenden Verwaltung und Investitionen in neue Maßnahmen gebunden. Weiterhin habe die Koalition zwei Wochen, nachdem sie in der Finanzplanung Grundsteuererhöhungen mit einem Gesamtvolumen von 870.000 € jährlich beschlossen habe, erklärt, dass sie diese doch nicht wolle. Würde die Koalition insoweit zu ihrem Wort stehen, würde die Finanzplanung der Stadt eben um diesen Betrag jährlich schlechter ausfallen.

Hinzukämen dann mindestens 1,2 Millionen € jährlich Schuldendienst für die Neuverschuldung durch die Innenstadterneuerung für eine Laufzeit von 30 Jahren. Auf der Grundlage dieser Berechnung müsste es daher für alle Stadtverordneten klar sein, dass die Zustimmung zu dem Projekt der Innenstadt Erneuerung in seiner jetzigen Dimension zum einen die Stadt bis über das Jahr 2050 hinaus finanziell lahmlegen werde und keinen Euro für neue Investitionsmaßnahmen in der Stadt oder den Stadtteilen übrig lassen werde, zum anderen auf

die Bürgerinnen und Bürger immer weitere Grundsteuererhöhungen zukämen, die dann noch deutlich über die von der Koalition bereits beschlossenen 870.000 € jährlich hinausgehen würden. Die BBB Fraktion wolle daher auch für alle Zukunft festhalten, wer die Verantwortung dafür übernehme, und werde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. März die namentliche Abstimmung beantragen.

Die BBB Fraktion bleibe aber auch bei ihrer Überzeugung, dass das Projekt in der jetzigen Konzeption erhebliche Mängel aufweisen, die einen zusätzlichen Schaden für die Stadt bedeuten werden. Dadurch, dass es kaum noch überirdische Parkplätze geben werde, sondern eine viel zu teure Tiefgarage in eine so genannte weiße Wanne gebaut werden sollen, würde das Parken in Bruchköbel nicht mehr kostenlos sein, sondern mit erheblichen Kosten verbunden werden. Sowohl durch das bauliche Konzept der Tiefgarage wie auch die zu erwartenden hohen Parkgebühren werde die Attraktivität der Innenstadt erheblich geschmälert und die Konkurrenzsituation gegenüber der sogenannten grünen Wiese gefährlich verschlechtert.

Schon durch die überlange Bauzeit nach dem jetzigen Konzept müsste befürchtet werden, dass ein Großteil der kleinen Läden in der Innenstadt wirtschaftlich nicht überleben werden; den Rest werde dann die nicht mehr ausreichende Konkurrenzsituation zur grünen Wiese erledigen.